



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Umweltschutz- und Energiekommission
vom: 8. August 2011
zur Vorlage Nr.: [2011-170](#)
Titel: **Postulat [2005/063](#) "Gemeinsames Amt für Umwelt und Energie BL und BS" von Landrat Anton Fritschi, FDP Fraktion und Postulat [2005/064](#) "Für eine Fusion der Umweltämter beider Basel" von Landrat Remo Franz, CVP Fraktion**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Umweltschutz- und Energiekommission an den Landrat

betreffend Postulat [2005/063](#) "Gemeinsames Amt für Umwelt und Energie BL und BS" von Landrat Anton Fritschi, FDP Fraktion und Postulat [2005/064](#) "Für eine Fusion der Umweltämter beider Basel" von Landrat Remo Franz, CVP Fraktion

Vom 08. August 2011

1. Organisatorisches

Die Kommission hat die Vorlage anlässlich ihrer Sitzung vom 27. Juni 2011 beraten. Zur Beratung eingeladen wurden Regierungsrat Jörg Krähenbühl und Rainer Bachmann vom Amt für Umweltschutz und Energie.

2. Beratung

2.1 Inhalt der Vorstösse

Beide Postulate fordern den Regierungsrat auf, die Zusammenlegung der beiden Ämter für Umweltschutz- und Energie der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zu prüfen. Diese Prüfung sollte durch eine externe Stelle vorgenommen werden und insbesondere Einspar- und Synergiepotentiale konkret ausweisen und einen Zeitplan skizzieren.

2.2 Stellungnahme der Regierung

Die Aufgaben der beiden Umweltämter wurden einer Prüfung unterzogen und mögliche Zusammenarbeitsformen evaluiert. Die ohnehin bereits intensive Zusammenarbeit zwischen den beiden Ämtern hat dadurch eine nochmalige Vertiefung erfahren. Eine Zusammenlegung der beiden Ämter wurde gemäss den Vorgaben aus dem Handbuch zur Zusammenlegung von Dienststellen analysiert. Es sprechen aber aus Sicht der beiden Regierungen mehrere Gründe gegen eine Zusammenlegung. Die Kantone wollen ihren standortspezifischen Handlungsspielraum im Umwelt- und Energiebereich autonom bewahren. Zudem unterscheiden sich die Aufgabenportfolios der beiden Ämter. Bei einer Zusammenlegung wird kein Potential für eine Verminderung der Aufgaben gesehen und damit das Einsparpotential als verschwindend betrachtet, zumal eine gemeinsame Dienststelle den Koordinationsaufwand wieder verstärkt. Aus Sicht der Regierungen soll an der bisherigen bewährten Zusammenarbeit festgehalten und diese weiter vertieft werden.

2.3 Erwägungen der Kommission

In der Kommissionsberatung wurde bemängelt, dass die Prüfung einer Zusammenlegung nicht wie gefordert durch

eine unabhängige externe Stelle vorgenommen wurde und auch keine Begründung dafür gegeben wird, warum dies unterlassen wurde, obwohl explizit in den Postulaten gefordert. Ebenfalls fehlen konkrete Angaben zu Einsparpotentialen und weiteren in den Postulaten aufgeworfenen Fragen. Dem steht positiv gegenüber, dass sich die beiden Ämter dennoch der Notwendigkeit zur engen Zusammenarbeit sehr bewusst sind und aktiv die Kooperation suchen. Die Kommissionsmehrheit spricht sich in Kenntnis dessen, dass die beiden Ämter nicht still stehen, sondern aktiv die Kooperation suchen und die Anforderung zur engen Zusammenarbeit ernst nehmen, für die Abschreibung der Postulate aus.

3. Antrag an den Landrat

://: Die Umweltschutz- und Energiekommission beantragt dem Landrat mit 7:1 Stimmen bei 1 Enthaltung die Abschreibung der Postulate [2005/063](#) und [2005/064](#).

Pratteln, 08. August 2011

Für die Umweltschutz- und Energiekommission

Der Präsident: Philipp Schoch